

# EU-Gesundheitspolitik gewinnt an Dynamik

Minister Ulla Schmidt und Karl-Josef Laumann bei der Europatagung  
im Düsseldorfer Haus der Ärzteschaft

von Petra Spielberg\*

Die europäische Zusammenarbeit im Gesundheitswesen nimmt zunehmend konkrete Formen an. Das wurde auf der Tagung „Europäische Gesundheitspolitik“ Anfang März im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Haus der Ärzteschaft in Düsseldorf deutlich. Veranstalter waren das nordrhein-westfälische Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) sowie das European Public Health Zentrum NRW (EPHZ).

Nutzen für Patienten und Ärzte sowie für medizinische Einrichtungen stiften dabei nicht nur Projekte in den unmittelbaren Grenzregionen der Europäischen Union (EU), sondern auch EU-weite Initiativen. Als Beispiel für eine gelungene transnationale Kooperation nannte Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) die Forschung im Bereich Kinderarzneimittel auf der Basis der Ende Januar dieses Jahres in Kraft getretenen EU-Verordnung. Fortschritte auf diesem Gebiet wie auch bei der Forschung zur Bekämpfung seltener Krankheiten ließen sich nur durch eine Vernetzung auf europäischer Ebene erzielen, so die Ministerin.

## Jobmotor Gesundheitswesen

Zugleich betonte sie die wirtschaftliche Bedeutung der Gesundheitsbranche, auch hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit der EU gegenüber Asien und den USA. So habe die deutsche Gesundheitswirtschaft in den Jahren 2004 und 2005 insgesamt 27.000 neue Arbeitsplät-

ze geschaffen. In Deutschland seien in diesem Bereich bereits 4,3 Millionen Menschen tätig.

Der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann rechnet damit, dass die Beschäftigungsquote in den Gesundheitsbranchen allein in NRW in den nächsten zehn Jahren um 20 Prozent steigen wird. Dies liegt nach Ansicht von Bundesministerin Schmidt auch daran, dass die Standortbedingungen für die Pharma-, Biotechnologie- und Medizinprodukteindustrie in Deutschland verglichen mit anderen europäischen Ländern besser sind als ihr Ruf.

## Initiativen der EU-Kommission

Einen Schwerpunkt des gesundheitspolitischen Programms der Bundesregierung während der bis Ende Juni andauernden EU-Ratspräsidentschaft bildet daher der Bereich Innovationen. Ebenfalls ganz oben auf der Agenda stehen die Themen Prävention sowie Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen, zu dem die EU-Kommission derzeit ei-

nen Gesetzesvorschlag vorbereitet, um Rechtssicherheit und Transparenz herzustellen.

Die Herausnahme der sozialen und der Gesundheits-Dienstleistungen aus der EU-Dienstleistungsrichtlinie habe kein Problem wirklich gelöst, glaubt Professor Dr. Stefan Winter, der Staatssekretär im MAGS – zumal die EU-Kommission längst damit begonnen habe, systematisch Gesundheitspolitik zu betreiben.

Das Motto, nach dem die Brüsseler Behörde dabei verfährt, lautet: „Gesunde Bürger senken die Kosten für die Gesundheitssysteme und tragen zugleich zu Wohlstand und Produktivität bei.“ Dies machte Dr. Karl Freese von der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz der EU-Kommission deutlich.

Als zentrale Herausforderungen betrachtet der europäische Gesetzgeber dabei unter anderem die zunehmende Kluft im Gesundheitszustand und in der medizinischen Versorgung in den einzelnen EU-Ländern, die demographische Entwicklung sowie die Bekämpfung von Zivilisationskrankheiten wie Typ-II-Diabetes.

## Kooperation der Regionen

Sinnvolle Beiträge zur Lösung all dieser Probleme leisten bereits die vielfältigen Initiativen und Kooperationen an den europäischen Binnengrenzen. Allein in den Grenzgebieten zwischen Nordrhein-Westfalen, den Niederlanden und Belgien gibt es über 50 Euregio-Projekte, die einer besseren Versorgung der dort lebenden Menschen dienen sollen.



Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann setzen auf Wachstum des deutschen Gesundheitswesens. Fotos: SPD/MAGS

\* Petra Spielberg arbeitet als Fachjournalistin für Wirtschafts- und Sozialpolitik in Brüssel.